Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 84 (1990)

Heft: 9

Artikel: Dossier : linke Zeitgenossenschaft in wirtschaftlicher Perspektive : Erfahrungen beim Schreiben über Armut

Autor: Goll, Christine

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143567

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Erfahrungen beim Schreiben über Armut

Über die Armut in der Schweiz ist *keine umfassende Datenlage* vorhanden. Statistiken über den helvetischen Reichtum habe ich zuhauf gefunden. Bei meiner Suche nach Fakten und Daten zur Armut in der Schweiz wurde ich jedoch immer wieder auf dieselben wenigen Personen verwiesen, die sich dazu offenbar Gedanken gemacht haben. Kennengelernt habe ich auch die wenigen Leute, die zu Expertinnen und Experten des Themas «Armut» wurden, indem sie versucht haben und weiterhin versuchen, schwarz auf weiss zu belegen, dass es auch in einem reichen Land wie der Schweiz arme Menschen gibt. Diese schweizerische Mentalität, immer zuerst alles beweisen zu müssen, bevor konkret etwas für die Betroffenen getan werden kann, macht mich wütend. Ich habe mir vorgenommen, keine Armutsexpertin zu werden, und bin froh, dass ich während dieser Arbeit auch vielen sozial und politisch engagierten Leuten begegnet bin, die sich nicht einfach mit dem Modethema «neue Armut» beschäftigen, sondern in ihrem beruflichen und politischen Alltag alte und neue Formen der Armut aktiv bekämpfen.

Arme haben keine Lobby

Über Armut in einem reichen Land wird nicht gesprochen, ausser sie lässt sich «verkaufen». *Arme Menschen verstecken sich,* aus Scham, aus Stolz, aus Angst, als individuelle Versager und Versagerinnen abgestempelt und abgeschoben zu werden. Die Medien versuchen zwar, ihrem sensationshungrigen Publikum «echte Betroffene» vorzuführen, was sich für diese aber kontraproduktiv auswirken kann. Die Weigerung, als «Armutsbetroffene» allein im Rampenlicht der Öffentlichkeit zu stehen, ist verständlich und berechtigt. Denn dadurch lässt sich Armut immer wieder individualisieren und auf ein nicht weiter zu beachtendes Randgruppenproblem reduzieren. Wenn ich von der Arbeit an meinem Buch[1] erzählte, bin ich immer wieder auf Leute gestossen, die sich in diesem reichen Land weigern, ein offenes Auge für die unbequemen und störenden Probleme von Menschen zu haben, die am Wohlstand dieser Gesellschaft nicht teilhaben können oder nicht teilhaben wollen. Schuldzuschreibungen waren dann immer sehr schnell zur Hand, wenn es darum ging, die Erscheinung «Armut» zu erklären.

Eine Karikatur, die kürzlich in der französischen Zeitung «Le Monde» abgebildet war, hat für mich Symbolcharakter für unseren Umgang mit Armut und mit den davon betroffenen Menschen in diesem Land. Sie zeigt einen überheblichen, typischen Schweizer Beamten, der sich über eine ärmlich gekleidete, alleinerziehende Mutter mit zwei kleinen Kindern am Rockzipfel beugt. Sie hält seinem vernichtenden Blick aufrecht stand. In der Sprechblase über seinem Kopf steht: «Entweder Sie hören sofort auf, arm zu sein, oder Sie sind ab sofort nicht mehr Schweizerin.»

Armut ist *nicht nur ein materielles Problem.* Einigen Armutsbetroffenen, die ich aus meiner Beratungs- und Bildungsarbeit kenne, habe ich von meinem Handbuch erzählt. Übereinstimmend wurde von ihnen betont, dass nicht nur finanzielle Probleme belastend wirken, sondern vor allem die vielfältig erfahrenen Demütigungen, das Gefühl der zusätzlichen sozialen Ausgrenzung, des «Nichtmehrdazugehörens», die Abhängigkeit von anderen Personen oder institutionellen Stellen, die Entmündigung und die Vereinsamung.

Dass Armut nicht nur als finanzielle Notlage empfunden wird, mag folgendes Beispiel verdeutlichen: In einer Fernsehdiskussion kam kürzlich auch eine armutsbetroffene Frau zu Wort, die in einer Runde von Experten, Politikern und Unternehmern als Sozialhilfebezügerin eingeladen war. Sie kann aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten und erhält von der Sozialhilfe für sich und ihre 16jährige Tochter 982 Franken im Monat. Auf die Frage des Diskussionsleiters in der Schlussrunde, was denn gegen die Armut in der Schweiz unternommen werden müsste, antwortete sie

nicht etwa, dass sie mehr Geld brauche, sondern: «In erster Linie wünsche ich mir, dass Angestellte von Sozialhilfesekretariaten so ausgebildet werden, dass ich den Gang zum Amt nicht jedesmal als Demütigung erleben muss.»

Betroffene werden zu Opfern gemacht. Aber längst nicht alle verharren in der Opferrolle. Davon zeugen vielfältige *Widerstandsformen:* die Weigerung, sich zweimal wöchentlich beim Arbeitsamt zu melden; die Aufnahme eines Kleinkredites, um den gewohnten Lebensstandard aufrechtzuerhalten; die Aggressionen gegen die Beamtin bei der Sozialhilfe; der Rückzug in eine psychische Krankheit; der Griff zu legalen oder illegalen Drogen oder die Weigerung, nach jahrelanger Tätigkeit im angestammten Beruf noch eine Umschulung in Angriff zu nehmen. Diese Formen von Widerstand sind oft von Ohnmachtsgefühlen geprägt und führen schnell zu Handlungsunfähigkeit, Resignation, Isolation und Apathie. Aber auch aktiver Widerstand wird durch die Macht der Entscheidungstragenden gebrochen.

Zunehmende Verwaltung des Elends

Die strikte *Trennung zwischen Sozialarbeit und Sozialpolitik* verhindert effiziente Massnahmen und Unterstützung für die Betroffenen. Die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung sozialer Arbeit bleibt deshalb oft auf der Strecke: «Sozialarbeit ist das schlechte Gewissen einer schlechten Gesellschaft», haben Unbekannte auf eine Hausmauer gesprayt. Damit wird die zunehmende Verwaltung des Elends und die systemerhaltende Funktion sozialer Arbeit, die oftmals nicht über mildtätiges, disziplinierendes, kontrollierendes und therapierendes Handeln hinauskommt, kritisiert.

In Gesprächen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im sozialen Bereich wurde mir mehrmals die zermürbende Erfahrung bestätigt, dass die *starren Strukturen* von Institutionen und politischen Gremien engagiertes und initiatives Handeln verhindern. Armut lässt sich nicht nur mit individueller Hilfe bekämpfen. Veränderungen müssen auch in strukturellen, institutionellen, politischen und angebotsmässigen Bereichen gefordert und durchgesetzt werden. Dabei stellen sich viele Sozialtätige die Frage, ob sie weiterkämpfen sollen, um diese Strukturen in den Institutionen umzukrempeln, oder ob sie aussteigen sollen. Die Personalsituation im Sozialwesen ist bedenklich. Die Fluktuationsrate ist wegen den unbefriedigenden Arbeitsbedingungen gross, und der Mangel an Fachkräften nimmt zu: Nur zwei Drittel haben eine Fachausbildung. Dies belegt auch eine kürzlich durchgeführte Arbeitsmarktstudie zur Situation im Zürcher Sozialwesen.[2]

Misstrauen und Kontrolle statt Unterstützung und Solidarität: Im Kontakt mit den Verantwortlichen der im Handbuch vorgestellten Projekte wurde auch immer wieder von Schwierigkeiten bei der Finanzierung berichtet. Behörden, die über Subventionen zu befinden haben, entscheiden aufgrund der politischen Verhältnisse. Politiker und Politikerinnen entscheiden wiederum oftmals ohne Kenntnis der Realität. Das Misstrauen, das sich gegenüber Betroffenen äussert, überträgt sich auf diejenigen, die eben für Betroffene etwas machen wollen. Riesige Kontrollapparate, die zu einem unverhältnismässig hohen administrativen Aufwand führen und mit enormen Kosten verbunden sind, werden dazu eingerichtet. Das Absurde daran ist, dass diese finanziellen Mittel besser in konkrete Projekte zur direkten Armutsbekämpfung einfliessen würden.

Frauen sind stärker von Armut bedroht oder betroffen

Bei der Bearbeitung der einzelnen in meinem Buch dargestellten Problembereiche bin ich wiederholt auf die Tatsache gestossen, dass Frauen grösseren Armutsrisiken ausgesetzt sind: Frauenlöhne gehören zu den tiefsten Einkommen, trotz gleicher Bildungschancen sind Frauen meist schlechter qualifiziert, Frauenarbeitsplätze werden zuerst wegrationalisiert, Frauen arbeiten oft in ungeschützten Teilzeitarbeitsverhältnissen, sie sind bei den Sozialversicherungen schlechter gestellt, und die Kinderbetreuung bleibt hauptsächlich an ihnen hängen. Trotz verfassungsmässig garantierter Gleichberechtigung von Frau und Mann sind wir noch weit entfernt von einer gelebten Praxis der echten Gleichstellung.

Das *soziale Netz* in der Schweiz hat *viele und zu grosse Löcher*. Ich wünsche mir ein Netz, in das sich Menschen, die durch äussere oder innere Umstände in Krisensituationen geraten, fallen lassen können: ein Netz, das ihre materielle Sicherheit aufrechterhält und ihnen die Gesellschaftsfähigkeit nicht abspricht – ein Netz, dessen Maschen nicht so grosse Zwischenräume bilden, dass sie zwischendurch fallen – ein Netz, in das niemand verstrickt wird und das niemanden gefangenhält.

Christine Goll

1 Christine Goll, Gegen Armut – Anleitungen für Praxis und Politik, Zürich 1990. Zu beziehen bei: Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH), Postfach, 8031 Zürich, Tel. 01 271 26 00.
2 Informationsstelle des Zürcher Sozialwesens, Fachkräfte im Zürcher Sozialwesen, Vorstudie über den Arbeitsmarkt im Kanton Zürich, November 1989.

Sozialethische Überlegungen zu den Abstimmungen im September 1990

«Die Abhängigkeit unserer zukünftigen Energieversorgung von der Kernkraft ist nicht wünschenswert.» Zu dieser und weiteren Schlussfolgerungen gelangen das Institut für Sozialethik, die Schweizerische Nationalkommission Justitia et Pax und die Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt in ihren «Sozialethischen Überlegungen zum Energieartikel und zu den Atominitiativen» im Hinblick auf die Abstimmungen vom 22. und 23. September 1990.

In einem achtseitigen Memorandum stellen die drei Institutionen die verschiedenen energiepolitischen Entwicklungsmöglichkeiten den ethischen Kriterien «offene Zukunft», ökologische Solidarität sowie Mitmenschlichkeit und Mitbestimmung gegenüber.

Zur Kernenergie halten die Institutionen fest, dass sie nicht in der Lage ist, die Verschmutzung der Atmosphäre durch Kohlendioxid zu verringern. Sie schliessen sich damit dem Ausstiegsszenarium, wie es von der Expertengruppe Energieszenarien erarbeitet worden ist, an. Die Expertengruppe hat festgestellt, dass ein Ausstieg aus der Atomenergie auch die CO_2-Emissionen vermindern würde. Im weiteren ist die Kernenergie teuer und bleibt gefährlich. Investitionen zugunsten der Atomenergie führen dazu, dass die finanziellen Mittel für zusätzliche Sparmassnahmen und für die Entwicklung erneuerbarer Energien fehlen.

Nach und nach aus der Atomenergie aussteigen ist nach diesen Überlegungen nur dann legitim, wenn entschiedene Massnahmen zum Energiesparen ergriffen werden und die Entwicklung erneuerbarer Energieträger gefördert wird. Zusätzliche Stromimporte aus ausländischer nuklearer Produktion stünden im Gegensatz zu den Zielen der Ausstiegsinitiative. Der vorgeschlagene Energieartikel stellt die Voraussetzung einer kohärenten Energiepolitik dar. Wie die Abstimmung auch ausgeht: Sowohl auf der gesetzgeberischen Ebene wie auch im Verhalten der einzelnen braucht es entschiedene Schritte.

Institut für Sozialethik des Schweizerischen Kirchenbundes,
Sulgenauweg 26, 3007 Bern
Schweizerische Nationalkommission Justitia et Pax,
Effingerstrasse 11, Postfach 6872, 3001 Bern
Ökumenische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Umwelt,
Schreinerweg 5, Postfach 7449, 3001 Bern